

Volks-Zeitung

Das neue Lebensmittelabkommen.

Abschluss der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 14. März.

Die in Spaa unterbrochenen Verhandlungen der Kommissionen für die Lebensmittelversorgung, die Schiffahrt- und die zugehörigen Finanzfragen, die in Brüssel wieder aufgenommen worden waren, sind am 14. März, abends 8 Uhr, zum Abschluss gekommen. Es wurde ein neues Abkommen unterzeichnet. Auf deutscher Seite leitete die Verhandlungen Unterstaatssekretär Erzelenz v. Braun. Auf der Seite der alliierten und assoziierten Regierungen Admiral De Meule.

Die Ausfuhrverhandlungen in Rotterdam.

Die deutschen Holzlieferungen.

Rotterdam, 15. März.

Bei den gestrigen Verhandlungen in Rotterdam über die Ausfuhr von deutschem Holz an die Alliierten stellt es sich heraus, daß die Gegner vor allem zwei Millionen Schwellen des benötigten. Ohne der Lieferung kein Interesse für die deutsche Seite. Die Verhandlungen unter Staatssekretär Erzelenz v. Braun. Auf der Seite der alliierten und assoziierten Regierungen Admiral De Meule.

Engländer gegen die Hungerblockade.

Stockholm, 15. März.

Laut Meldung des Londoner Korrespondenten von „Kontinent“ fand am 13. März in London eine große Versammlung statt, die die Aufhebung der Hungerblockade gegen Deutschland forderte.

Der Kieler Kanal bleibt deutsch!

Wesel, 15. März. (K. U.)

Nachricht eine Einladung an alle Deutschen, zum 20. März Delegierte nach Paris zu entsenden, um das Programm des Völkerbundes einer Diskussion zu unterwerfen. An dem gleichen Zeitpunkt werden auch die Vorbedingungen den Deutschen übermittel werden. Der Kieler Kanal bleibt deutsch, aber offen für die Handels- und Kriegsmarinen aller Nationen. Die Amerikaner verweigerten die Zustimmung zu dem englischen Vorschlag der Internationalisierung des Kieler Kanals.

Wilson in Paris.

Paris, 14. März.

Wilson traf heute mittig hier ein und wurde von Poincaré empfangen. Ein Wunsch meldet: Wilson hat zwei weibliche Delegierte bestimmt, die die amerikanischen Arbeiterinnen auf der Friedenskonferenz vertreten sollen.

Die internationale Arbeitergesetzgebung.

Paris, 14. März. (Gobas. Antik.)

Wie unter dem Vorsitz von Compere tagende Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung beabsichtigt die Lösung des englischen Entwurfs. Die endgültige Entscheidung über zwei Artikel, die umstritten sind, wurde am Montag verschoben. — Als Tagungsort der ersten Internationalen Konferenz ist Washington bestimmt.

Presse und Völkerbund.

Die Schlußsitzung der Berner Konferenz.

Bern, 14. März.

Der Schluß der internationalen Völkerbunds-Konferenz war erregter als Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Pressefreiheit gewidmet. Die Schweizer Eröfnung und Schluß verlangten die Schaffung eines internationalen Instituts für Volkserziehung und Beaufsichtigung der schlagenden und farbentragenden Verbindungen. Goldstein (Deutschland) referierte über Schaffung eines internationalen Sekretariats, das die Aufgabe haben soll, die in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Erziehung zum Internationalismus gesammelten Erfahrungen zu verwerten. Frau Verle (Deutschland) verlangt obligatorischen pädagogischen Unterricht, verbunden mit Moralunterricht in den Schulen. Zur Pressefreiheit fordert Professor Ellbogen (Österreich) Schaffung einer internationalen Zensurkommission für die pädagogische Presse. Die Zensurkommission müsse zur Verantwortung gezogen werden. Es handle sich nicht um Unterdrückung der Pressefreiheit, es solle aber die Presse, die der Volkserziehung dienlich ist, geschützt werden. G. v. Groll (Deutschland) erklärt, Vergehen in der Presse dürfen nur mit geistigen Waffen bekämpft werden, nicht mit den Strafgesetzen. Professor Nicolai erhebt unter wachsender Unruhe der deutschen Teilnehmer die schärfsten Vorwürfe gegen die deutsche Presse. René Schickel (Schweiz) will, daß die Presse nicht Objekt, sondern Subjekt der öffentlichen Meinung sei. Mit den Strafgesetzen sei nichts zu erreichen. Der Antrag Schickel wird mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Franzosen gegen die Einheitschule. Aus Mainz wird gemeldet: Der Darmstädter Staatsrat betreffend Einführung der Einheitschule in Hessen wurde von den Franzosen für

das besetzte Gebiet nicht anerkannt. Die Vorarbeiten arbeiten weiter. — Sehen die Franzosen in der Einheitschule etwas schon den Bolschewismus? Dann wäre das deutsche Volk, das einstimmig die einheitschule verlangt, allerdings schon bis auf die Knochen bolschewistisch.

Frankreich setzt den Krieg fort!

Die Unmenslichkeit gegenüber unseren Kriegsgefangenen.

Berlin, 15. März.

Nach den bestehenden Vereinbarungen ist Frankreich verpflichtet, die Namen der in französische Hand fallenden Kriegsangehörigen nach Deutschland mitzuteilen. Dem Kriegsangehörigen selbst muß Gelegenheit gegeben werden, sofort ihren Angehörigen Nachricht zu geben, wo sie sich befinden und einen regelmäßigen Verkehr mit ihnen zu führen. Diese Verpflichtungen erfüllt Frankreich nicht. Die seit September gefangenen deutschen Kriegsangehörigen, ungefähr 100 000, sind aber hauptsächlich noch nicht gemeldet. In überaus zahlreichen Fällen haben sie ein mal schreiben dürfen, daß sie gefangen wären, ohne eine nähere Adresse angeben zu können; dann ist keine Nachricht mehr von ihnen gekommen. Sehr häufig konnten sie anscheinend bis jetzt auch diese einzige Nachricht nicht geben. Die Angehörigen sind dadurch in beständiger Angst und sind außerdem der Möglichkeit beraubt, das elende Los ihrer Lieben durch Zuspruch, Geldsendungen und Liebesgaben wenigstens etwas zu bessern. Möge die öffentliche Meinung der Welt Frankreich endlich dazu zwingen, seine Pflicht gegen die deutschen Kriegsgefangenen zu tun.

Cottin zum Tode verurteilt.

Das Clemenceau-Attentat vor Gericht.

Paris, 14. März.

Laut Tages-Meldung hat heute der Prozeß gegen Cottin, gegen den Voljisten Courzat und den Soldaten Decaudin wegen vorbereiteten Mordversuches gegen Clemenceau vor dem Kriegsgericht begonnen. Cottin war von anarchistischen Ideen erfüllt, trat auf seine Zeit und zeigte keine Reue. Das ärztliche Gutachten lautet auf vollständige Irreabilität. Nach weiterer Nachricht ist Cottin zum Tode verurteilt worden.

Der Kabinettswechsel in Deutschösterreich.

Eine nichtamtliche Ministerliste.

Wien, 14. März.

Die Abendblätter bringen übereinstimmend nachstehende, nichtamtliche Liste der neuen Regierung: Staatskanzler: Kerner (Sozialdemokrat), Finanzminister: Ender, Bundespräsident: Dopsch, ferner folgende Staatssekretäre: für Inneres und Unterricht: Siedel (Sozialdemokrat), für Justiz: Sektionschef im Justizministerium Mayer, für Finanzen: der Grazer Universitätsprofessor Schumpeter, für Landwirtschaft: Stadler (Christlich-Sozial), für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten: Ellenbogen (Sozialdemokrat), für Kriegsangelegenheiten: Deutsch (Sozialdemokrat), für soziale Verwaltung: Hausch (Sozialdemokrat), für Reichsangelegenheiten: Franz Klein, für Sozialversicherung: Staatssekretär Bauer, für Volkserziehung: Bienenfeld-Ruh und für Verkehrswesen: der frühere Ernährungsminister Paul oder der Direktor der Nordwestbahn Genterbräu.

Halle lebt wieder auf.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Halle, 15. März.

Der vom General Raetzler über die Verbände von Halle, u. a. über Ahmen, Seeburg, Bitterfeld bis zur Grenze von Anhalt verhängte Belagerungszustand wird, wie wir hören, vom Sonntag ab wieder aufgehoben werden unter der Voraussetzung, daß das Landesjägerkorps die geforderte Möglichkeit zum preussischen Justizministerium zu Hausleistungen nach Waffen erhält. In der Stadt Halle selbst sind von heute ab die Straßen für den Verkehr bis 10 Uhr abends freigegeben. Die Sperrzeit dauert demnach nur noch von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh.

Keine japanischen Werbungen.

Auf Grund der wiederholten Meldungen verschiedener Nachrichtenstellen über Anwerbungen deutscher Militär- und Marineangehöriger durch Vertreter Japans haben wir uns mit den in Betracht kommenden verantwortlichen Stellen in Verbindung gesetzt. Sowohl dem Kriegsministerium als auch dem Reichsmarineamt ist von derartigen Werbungen nichts bekannt.

Ein Appell Genaitsch an die Studenten. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Genaitsch, richtet einen Appell an die akademische Jugend Preußens, in dem es u. a. heißt: Auch einmal ruft das Vaterland seine wehrfähige junge Mannschaft. Noch einmal heißt es: Freiwillige vor! Schulter an Schulter mit euren Altersgenossen aus dem Arbeiterstande sollt ihr jungen Akademiker der Regierung helfen. Die Ordnung aufrecht zu erhalten. Keine Kennzeichnung und keine Examina können euch nützen, wenn die Staatsordnung sich auflöst, in der ihr euch betätigen wollt. Tretet ein in die Freiwilligenverbände!

Eine proletarische Universität „Rosa Luxemburg“. Demnach soll, wie die „Iswestija“ berichtet, in Dänemark eine „proletarische“ Universität, die den Namen Rosa Luxemburg tragen wird, gegründet werden. Die genannte Uni-

versität soll unter anderem auch eine naturwissenschaftliche Fakultät erhalten.

Gefährliche Berichterstattung.

Eine neue Unwahrheit.

Noch hat sich die öffentliche Meinung über die unabweisbar, maßlose Übertreibung der Dichtberger Vorgänge durch die verschiedensten offiziellen Nachrichtenstellen nicht beruhigt. Noch ist die von uns erhobene Forderung nach einer restlosen Aufklärung der Quellen der Lärtsachenmeldungen nicht erfüllt, und schon wieder tauchen Berichte auf, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen. Von offiziöser Stelle ist vor zwei Tagen nachstehende neue Greuelnachricht verbreitet worden:

„Gestern wurden drei Verwundete der Brigade Reinhard in das St. Hedwigs-Krankenhaus eingeliefert. Sie gehörten einer Patrouille an, die in einem Hinterhalt der Spartakisten getötet war. Von den drei Mann waren zwei durch Gewehrschüsse verletzt, der andere hatte zahlreiche Messerschläge, außerdem waren ihm ein Ohr abgehauen und ein Auge ausgehoben.“

Die meisten Berliner Blätter druckten diese Meldung ab. Wir zogen den Papierkorb vor. Das Lichtenberger Beispiel hatte uns mit Trauer gegen derartige unbewiesene Nachrichten gemacht, die in ihrer Verzerrung nur danach ansetzen, die allgemeine Verwirrung zu vergrößern. Unsere Haltung scheint uns wieder einmal recht geben zu wollen. Die „Freiheit“ schreibt zu dem Vorfall:

„Wir haben sofort einen Berichterstatter in das Hedwig-Krankenhaus geschickt, um feststellen zu lassen, ob diese ungeheuerliche Meldung der Wahrheit entspricht. Die Oberin hat uns darauf ermächtigt zu erklären, daß im Hedwig-Krankenhaus kein Verwundeter mit ausgehobenem Auge und abgehauenen Ohren liegt. Die Oberin hat die Nachricht in der Presse gelesen und war aufs höchste verwundert, daß etwas derartiges berichtet werden konnte.“

Hier muß schleunigst Remedur geschaffen werden, wenn sich nicht ein berechtigtes Mißtrauen gegen alle amtlichen Veröffentlichungen über die Berliner Vorgänge verbreiten soll. Erfundene Morde und Schredensreden vergiften die öffentliche Meinung. Besser wäre es, den mannigfachen Berichten von der anderen Seite nachzugehen, wie sie die linksradikalen Blätter öfters zu demagogischen Zwecken benützen. Eine solche Aufklärung ist beispielsweise im nachstehenden Falle dringend nötig. Die „Freiheit“ berichtet:

„Bei der Wollensuche in einer Wohnung in der Andreasstraße 62 fanden die Leuten am Dienstag abend zwei Handgranatenstiele vor die sie mitnahmen. Diese Stiele entstammten einer Fabrik, in welcher der neunzehnjährige Sohn der Familie beschäftigt war. Er hatte sie sich mit nach Hause genommen, um sich daraus etwas anzufertigen. Die Fabrik heißt Ridel u. Fleischmann.“

Am Mittwoch morgen wurden Vater und Sohn aus dem Haus heraus verhaftet, fortgebracht und kurz darauf erschossen. Es handelt sich um den 45 Jahre und den 19 Jahre alten Paul und Alfred Dänisch. Die beiden Stiele genigten zur Verhängung und sofortigen Vollstreckung zweier Todesurteile.“

Wir möchten an den hier mitgeteilten Fall nicht glauben. Jedenfalls nicht eher, als wir es müssen. Gerade darum verlangen wir hier einmal allgemeine und restlose Aufklärung. Und zwar sehr bald!

Nachrichtendienst.

Ein Berliner Korrespondenz schreibt:

„Lirpiz ist nach Deutschland zurückgekehrt und hält sich wie Lubendorf, in Berlin auf. Er trägt jetzt keinen Bart mehr und beobachtet eine ziemlich zurückgezogenheit, was sich von Lubendorf nicht sagen läßt. Lubendorf geht täglich in Zivil aus, man sieht ihn häufig mit einigen Freunden in der Deutschen Gesellschaft in der Wilhelmstraße beim Frühstück.“

Dazu wird von anderer Seite mitgeteilt: „Wie die Telegraphen-Union erklärt, ist diese Nachricht unrichtig. Herr v. Lirpiz trägt seinen Bart noch und ist nach Berlin bisher nicht zurückgekehrt.“

Keiner weiß nun, ob Lirpiz in Berlin ist. Aber das ist ja Nebensache. Die Hauptsache ist der Bart, der Bart!

Landtagspräsident Leinert.

Robert Leinert, der Präsident der preussischen Landesversammlung, steht im Alter von 46 Jahren. Er ist am 16. Dezember 1873 zu Striesen bei Dresden geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er in Dresden das Malergewerbe. Seit einer ganzen Reihe von Jahren war er als Redakteur am „Volkswillen“ in Hannover und als sozialdemokratischer Parteisekretär für die Provinz Hannover tätig. Nach der Revolution wurde er als Oberbürgermeister für die Stadt Hannover bestellt. Leinert ist ein Politiker, der durch sein ruhiges Auftreten auch bei gegnerischen Parteien starke Sympathien genießt.

Die rote Kolarde. Ein Leser schreibt uns (unter Nennung seines Namens und der vollen Adresse): „Warum verlangen einzelne Posten, daß Leute in Soldatenuniform die rote Kolarde von den Hüften abmachen müssen? Auch wir fragen: Warum?“

Die bayerische Landwirtschaftsministerin. Die „Münchener Volkszeitung“ meldet: Der Abgeordnete Durr ist genötigt, aus Gesundheitsrücksichten die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums endgültig abzulehnen. Für denselben wird seitens des Bayernbundes Abgeordneter Steiner vorgeschlagen.